

**Müşahid 5 Kurşun**  
**ABONE**  
 Dahil için: Aylık 1.75, 6 aylık 7.75, 12 aylık 15.00, bir senelik 30.00  
 Harici için: Aylık 5.00, 6 aylık 25.00, 12 aylık 50.00  
 (Posta ücreti dahil olmak üzere.)  
**İLANAT**  
 1. Sahifede: santimetresiz 100 Kurşun.  
 2. Sahifede: santimetresiz 75 Kurşun.  
 3. Sahifede: santimetresiz 50 Kurşun.  
 4. Sahifede: santimetresiz 30 Kurşun.  
 Karşılıklı: 100 Kurşun.  
 Tekke Caddesi No 585 ve 587  
 Telgraf adresi: Türkpost  
 Telefon: Beyoğlu 209 ve 210  
 Posta Kutusu: Galata 209

# Türkische Post

**Preis der Einzelnummer 5 Grosch**  
**BEZUGSPREIS**  
 Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd. 3 Monate 4.75 T. Pfd. 6 Monate 8.50 T. Pfd. 12 Monate 15.00 T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.00 R. Mark. 3 Monate 13.00 R. Mark. 6 Monate 25.00 R. Mark. oder Gegenwert, alles einschließlich Porto. Inserate: 1 Seite 1 cm 100 Grosch, 2. Seite 75 Grosch, 3. Seite 50 Grosch, 4. Seite 30 Grosch.  
**(INLANDSPREISE)**  
 Geschäftsleitung:  
 Tekke-Strasse Nr. 585-587  
 Drahtanschr.: Türkpost  
 Fernschreib.: Pera 209 u. 210  
 Postfach: Galata 209.

5 Jahrgang Nr. 173 **Tageszeitung für den Nahen Osten** **Stambul, Donnerstag, 26. Juni 1930**

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

## Die griechische Kommer vor dem Vertrag mit der Türkei.

Athen, 25. Juni  
 Die Kammer trat gestern in den Abendstunden zusammen und begann sofort mit der Diskussion über den türkisch-griechischen Vertrag. Die Debatten waren so erregt, daß sich die Kammerpräsident Zirimokos mehrfach zu Ordnungsrufen genötigt sah. Die Nervosität machte sich auf allen Bänken fühlbar. Der Flüchtlingsabgeordnete Sikidemoglu sprach gegen den Vertrag. Seine Rede wurde mehrfach durch die Kundgebungen der Tribüne unterbrochen. Ein anderer Flüchtlingsdeputierter Hursoglu versuchte vergeblich zu Wort zu kommen. Im Augenblick als Sikidemoglu heftige Angriffe gegen die Regierung aussprach, die er des Verrats der Interessen der Flüchtlinge beschuldigte, griff Weniselos mit Schärfe in die Debatte ein und beschuldigte den Redner, die Gelegenheit zu demagogischer Propaganda unter den Flüchtlingen zu benutzen. Der Zwischenfall war äußerst ernst und konnte nur durch Eingreifen anderer Flüchtlingsdeputierter beigelegt werden. Nach einiger Zeit gelang es dem Kammerpräsidenten schließlich, die Ordnung wieder einigermaßen herzustellen, um eine Eingabe zur Verlesung zu bringen, die sich für das Abkommen aussprach und von der Mehrzahl der Flüchtlingsabgeordneten unterzeichnet war. Die Verlesung wurde von allen Seiten des Hauses mit großem Beifall aufgenommen. Die Führer der verschiedenen Parteien, Kafandaris, Zaldaris und Kondilis ergrieffen dann ihrerseits das Wort. Sie sprachen sich alle drei gegen eine Ratifizierung des Abkommens aus, das sie als „gegen die Interessen des Staates“ gerichtet bezeichneten. Sie forderten gemeinsam eine Revision.  
 Infolge des positiven Entscheides der Mehrheit der Flüchtlingsabgeordneten rechnet man allgemein mit einer Ratifizierung des Abkommens.

## Bel festem Bezug

der „Türkischen Post“ erhalten unsere geschätzten Stambuler Leser das Blatt frühmorgens durch Boten in die Wohnung oder ins Geschäft zugeestellt. Bis auf weiteres umfaßt unser Botendienst die Geschäftsviertel von Stambul und Galata, Pera einschließlich Harbiyeviertel, Ayas Pascha und Fındıklı.

## Bulgarien schafft sich eine Organisation für Volksnothilfe.

Sofia, 25. Juni.  
 Die Katastrophen der letzten Jahre, wie Erdbeben, Ueberschwemmungen, Aufbruchbewegungen, die die Ausparnung aller staatlichen und privaten Hilfsmittel erforderlich machten, haben das Innenministerium veranlaßt, eine Mittelstelle zu schaffen, die unter Heranziehung aller verfügbaren Mittel bei künftigen ähnlichen Ereignissen der Allgemeinheit helfen soll. Vorläufig ist als Mittelstelle die Abteilung für soziale Fürsorge im Innenministerium gedacht. Folgenden öffentlichen Vereinen ist ein Fragebogen zugegangen, der den Grundstock für die künftige Organisation bildet: „Rotes Kreuz“, „Pfadfinderbund“, „Verein der Samariter“, „Verband der Waisenhäuser“, „Bund der barmherzigen Schwestern“. In dem Fragebogen wird verlangt: Angabe über Höhe des Vereinsvermögens; Bestand an Sanitätspersonal; Aerzte, Feldschere, Sanitäter, Schwestern usw.; Angabe des Inventars; Automobile, Desinfektionsmaschinen, Tragbahnen, Verbandmaterial, Zelte, Feldküchen, Bettenzahl; Angaben, welche Sonderdienste die betreffenden Verbände übernehmen können. Sämtliche Verbände, zu denen auch alle vaterländischen und Sportverbände gezählt werden, müssen in Zukunft das Ministerium über ihre Entwicklung auf dem laufenden halten und so das Ministerium in die Lage versetzen, in jedem Notfall in weitestem Masse auf die Gesamtheit der Verbände zurückgreifen zu können, die sozusagen jederzeit mobilisiert werden können.

## Türkische Studenten im Ausland.

Der Generalinspektor des Unterrichtswesens Salih Sekih Bey ist von seiner spzierung der türkischen Studenten in Europa von dort hierher zurückgekehrt. Er erklärte über seine Eindrücke:  
 Während meines zweijährigen Aufenthaltes in Europa habe ich die türkischen Studenten in der Schweiz, in Frankreich, Belgien und England besucht und mich außerdem mit dem Studium des Unterrichtswesens in diesen Ländern beschäftigt. Die Anzahl der türkischen Studenten in Frankreich beträgt 130; etwa 100 von ihnen wurden vom Unterrichtsministerium entsandt, die übrigen von den anderen Ministerien und von einzelnen Wilajets. Die meisten der Studenten befinden sich auf Universitäten. Einige von ihnen haben ihre Prüfungen, bei denen ich zugegen war, mit „sehr gut“ bestanden. In Paris selbst haben wir sehr wenige Studenten. Jeder Student bekommt von uns monatlich 120 T. Pfd. Studenten die nicht regelmäßig ihre Vorlesungen besuchen oder deren Leistungen den Erwartungen nicht entsprechen werden sofort zurückgeschickt, da aber die nach Europa entsandten Studenten hier erst einer gründlichen Prüfung unterzogen werden, haben fast alle Erfolg. In der Schweiz haben wir 30, in England 10 und in Belgien ebenfalls 10 Studenten.  
 Der Bericht des Generalinspektors über seine Europareise liegt dem Ministerium bereits vor. Türkische Unterrichtsinspektoren befinden sich in Europa drei, Reschad Schemseddin Bey in Dschidda, Hassan Ali Bey in Paris und Tewfik Bey in der Schweiz.  
 In der deutschen Hochschulstatistik des Winterhalbjahres 1929/30, die in sehr übersichtlicher und eingehender Form alles statistische Material über die Hörer an den deutschen Hochschulen enthält, sind auch die ausländischen Studenten besonders berücksichtigt. Daran befinden sich im Winterhalbjahr 1929/30 auf deutschen Hochschulen 97 türkische Studenten, darunter 4 Studentinnen. An der Universität Berlin hörten 18 Studenten und 3 Studentinnen, an der Universität Bonn 4 Studenten, Breslau 2 Studenten, Göttingen 1 Student, Halle 1 Student, München 4 Studenten, Leipzig 3 Studenten, Tübingen 1 Student, Freiburg 1 Student, Heidelberg 2 Studenten, Gießen 1 Student und Hamburg 4 Studenten und eine Studentin. Die technischen Hochschulen wurden besucht in Berlin von 15 Studenten, in Aachen von 2 Studenten, in München von 6 Studenten, in Dresden von 14 Studenten, in Stuttgart von 4 Studenten, in Karlsruhe von 4 Studenten und in Braunschweig von 1 Studenten. Die Landwirtschaftlichen Hochschulen zählten in Berlin 3 türkische Studenten, in Weihenstephan 1 Studenten und in Hohenheim 2 Studenten. Die Tierärztliche Hochschule in Hannover wurde von einem Studenten besucht, die Handelsschule in Berlin von 2 türkischen Studenten.

## Der Finanzsachverständige.

Der Finanzsachverständige Rist, der vorgestern nach Ankara gereist war, wurde heute vom Finanzminister empfangen. Die Besprechungen dauerten drei Stunden.

## Ein neuer Bürgermeister von Smyrna.

Der langjährige Bürgermeister der Stadt Smyrna Hulussi Bey hat jetzt endgültig sein Amt niedergelegt. Hulussi Bey war bekanntlich vor einigen Monaten wegen abfälliger Aeußerungen, die er über die türkische Presse tat, in einen schweren Konflikt mit sämtlichen Smyrner Blättern geraten. Obwohl der Bürgermeister sich bald vor der Presse in aller Form entschuldigte, haben die Blätter seither nicht aufgehört, Hulussi Bey unentwegt anzugreifen, sodaß er jetzt zurücktreten mußte. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Präsident des Komitees des Smyrner Roten Halbmondes ernannt worden.

## Hagelschlag in Hawssa.

Über den südlichen Teil des Kasa Hawssa im Wilajet Samsun sind schwere Hagelschläge niedergeschlagen. Die Ernte von vier Dörfern soll vernichtet sein.

## „Wurstersatz“ in Charkow.

Charkow, 24. Juni  
 Die Schwierigkeiten in der Fleischversorgung haben in Charkow dazu geführt, daß nunmehr eine „Ersatzwurst“ hergestellt wird. Dieses neue Produkt hat das Aussehen einer Leberwurst und enthält 40 % eines Gemenges aus Bohnen, Mais, Buchweizengrütze und Weizen.

## Der Reichstag zum Auswärtigen Etat.

### Rede des Reichsaussenministers.

Berlin, 25. Juni  
 Der Reichstag begann heute vormittag gegen 10 Uhr nach Erledigung der landwirtschaftlichen Vorlage mit der zweiten Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes. Reichsaussenminister Dr. Curtius hielt aus diesem Anlaß eine große außenpolitische Rede. Die Bemerkungen um die Räumung des Rheinlands seien nur ein Teil der deutschen Außenpolitik gewesen. Die Außenpolitik des Reiches sei auf durchaus klarer Grundlage aufgebaut. Sie wolle die Gleichberechtigung und Mitbestimmung Deutschlands auch auf den Gebieten zurückgewinnen, auf denen dies bisher noch nicht gelungen sei. Der Krieg sei noch immer nicht liquidiert. Im mitteleuropäischen Raum herrsche eine ständige Bewegung, die auf den Kampf der alten und der neuen politischen Methoden zurückzuführen sei. Deutschland werde stets auf derjenigen Seite zu finden sein, die für eine gerechte Sache kämpfe. Der Denkschrift des französischen Außenministers komme größere Bedeutung bei. Aber schon ein erster Blick auf ihren Inhalt zeige die großen Schwierigkeiten, die der Herstellung einer wahren europäischen Solidarität entgegenstünden. Die deutsche Regierung werde sich an den Beratungen über die Denkschrift beteiligen und zwar auf der Grundlage, die sie aus den deutschen Interessen heraus für richtig halte. Mit Rußland sei eine offene politische Aussprache veranstaltet worden, und die Reichsregierung sei davon überzeugt, daß die russische Regierung die Ergebnisse dieser Aussprache zu lebendiger Auswirkung gelangen lassen wolle. Was die deutsch-polnischen Grenzzwischenfälle betreffe, so sei zweifelsfrei festgestellt, daß die Verantwortung für diese Zwischenfälle Polen träge. Deutschland sei es bekanntlich nicht, das eine Politik der Grenzzwischenfälle treibe. Der Deutsch-polnische Handelsvertrag dürfe indessen von diesen Grenzzwischenfällen in keiner Weise berührt werden.  
 Der Reichstag trat dann in die Aussprache ein. Der Sozialdemokratische Redner Dr. Breitscheid erklärte sich gegen die Eventualität, daß nach vollzogener Räumung des Rheinlandes die Außenpolitik des Reiches eine grundlegende Änderung erfahren würde. Mit einer Berücksichtigung Rußlands durch die deutsche Außenpolitik sei die Sozialdemokratie einverstanden, doch müsse sich das Reich davor hüten, durch seine Rußlandpolitik in militärische Abenteuer verwickelt zu werden. Dagegen warnte Dr. Breitscheid vor der Annäherung enger Beziehungen zu Mussolini, auf dessen Politik kein dauernder Verlaß sei. Zum Etat erklärte der Redner, daß das Auftreten der deutschen Diplomatie im Ausland ganz allgemein mit dem Wesen des deutschen Reiches als einer Demokratie in Einklang gebracht werden müsse. Der Redner der *Deutschnationalen* beanstandete die Höhe des Auswärtigen Etats. Der Redner des *Zentrums* trat für eine Zusammenarbeit aller Völker Europas angesichts der schweren Wirtschaftskrise ein, die den Erdteil gegenwärtig erschüttere. Bei den Beratungen über die französische Paneuropa-Denkschrift sei indessen Vorsicht geboten, da es offensichtlich Frankreich nur um eine weitere Verstärkung seiner sog. „Sicherheit“ zu tun sei. Die Aussprache wurde um 6 Uhr abends abgebrochen, um morgen um 11 Uhr fortgesetzt zu werden.

## Die Schweiz zum Memorandum Briands.

Bern, 25. Juni (A.A.)  
 Im Nationalrat erklärte Bundesrat Moita auf eine Interpellation der Sozialisten über das Memorandum Briands, daß der Bundesrat bereit sei, an der ersten Konferenz, die dieses Problem behandelt, teilzunehmen, doch unter der Bedingung daß 1. die Vereinigten Staaten von Europa dem heutigen Stand der Neutralität der Schweiz nicht ändern, 2. daß sie alle großen und kleinen Länder umfassen, die mit der Schweiz in normalen Beziehungen stehen und 3. daß sie ihre Tätigkeit mit der des Völkerbunds in Einklang bringen.

## Spanien zu Paneuropa.

Madrid, 25. Juni  
 Der spanische Ministerrat hat der Denkschrift des französischen Außenministers zur Paneuropafrage zugestimmt. Die Note der spanischen Regierung, welche diese Zustimmung ausdrückt, verweist jedoch auf die besonderen Beziehungen Spaniens zu den südamerikanischen Staaten und behält in dieser Beziehung Spanien freie Hand vor.

## Schweres Autounglück an einem Bahnübergang.

Paris, 25. Juni  
 Ein folgenschweres Unglück ereignete sich an einem Bahnübergang in der Nähe von Lyon. Der Schrankenwärter hatte trotz der unmittelbaren bevorstehenden Durchfahrt eines Personenzuges die Schranken offen gelassen, so daß ein mit drei Personen besetztes Automobil die Ueberfahrt frei glaubte. Als sich der Wagen in der Mitte des Ueberganges befand, brauste der Zug heran und zerschmetterte das Auto. Alle drei Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert und von den Rädern der Lokomotive zermalmt.

## London, 24. Juni

Wie aus Dublin gemeldet wird, haben sich zwei englische Zeitungen entschlossen, sich einer irischen Zensur zu unterwerfen um in einer besonderen zensierten Ausgabe in Irland erscheinen zu können. Bekanntlich sind englische Zeitungen für Irland verboten.

## Zu den Unruhen in Sevilla.

Paris, 25. Juni (A.A.)  
 Aus Sevilla wird gemeldet, daß die Streikenden gestern früh die Strassenbahn, die den Verkehr wieder aufnehmen wollte, steinigten. Die Verwaltung sah sich deshalb gezwungen die Wagen in ihre Depots zurückzurufen. Im Laufe verschiedener Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Polizei wurden auf beiden Seiten Schüsse gewechselt. Ein Kind wurde getötet, eine Frau und drei Männer verletzt. Die Polizei nahm mehr als 100 Verhaftungen vor. Die Ruhe konnte erst nachmittags wiederhergestellt werden.

## Madrid, 25. Juni (A.A.)

Der Herzog von Alba ist heute über Paris nach London gereist, wo er mit dem König von Spanien zusammentreffen wird.

## Sevilla, 25. Juni (A.A.)

Der Verkehr in der Stadt ist wieder aufgenommen. Die Straßenbahn verkehrt unter polizeilicher Bewachung. Ein sozialistischer Stadtrat und mehrere Leiter des sozialistischen Syndikats wurden verhaftet.

## Schmelzing-Film an Bord der „Europa“.

New York, 25. Juni.  
 Der Lloyd-Dampfer „Europa“, der soeben von New York abgefahren ist, hat die ersten Kopien des einzigen Tonfilms von dem Weltmeisterschaftskampf Schmelzing-Sharkey an Bord. Die Ankunft in Bremerhaven erfolgt Mitte nächster Woche. Unmittelbar darauf wird die Ufa, die den Film im Verleih hat, die Belehrung an die Lichtspieltheater vornehmen. Der Bildstreifen gelangt in deutschsprachiger Fassung zur Vorführung.

## 15 Flugzeuge verbrannt.

New York, 25. Juni  
 Auf dem Flugplatz der Stadt Chicago sind 15 Flugzeuge verbrannt. Der Brand entstand durch eine Explosion von Benzinvorräten.

## Aus Deutschland.

### Die Reichsregierung.

Berlin, 25. Juni  
 Nach Schluß der Reichstagsitzung trat die Reichsregierung wieder zu einer Besprechung zusammen, auf der die gestrigen Erörterungen fortgesetzt wurden.

Gleichzeitig beschäftigten sich die Reichstagsfraktionen der Volkspartei und der Wirtschaftspartei mit der politischen Lage. Die Volkspartei hält weiter an ihrem dem Reichskanzler übersandten Memorandum fest. Die Wirtschaftspartei fordert weitere Ersparnisse im Reichshaushalt und erklärt sich für eine Gehaltskürzung der Beamten anstelle des geplanten Notopfers.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 25. Juni  
 Der Preussische Landtag hat heute das Gesetz über den Finanzausgleich in 2. Lesung angenommen. Die 3. Lesung des Finanzausgleichs wird morgen stattfinden.

### Verfassungsfeier als Rheinlandfeier.

Berlin, 25. Juni  
 Die preussische Regierung hat angeordnet, daß anlässlich des besetzten Rheingebietes sämtliche öffentlichen Gebäude in Preußen am 1. Juli zu flaggen haben. Die Rheinland-Befreiungsfeier soll jedoch nur in den besetzten Gebieten besonders gehalten werden; im übrigen Preußen soll sie zusammen mit den Verfassungsfeiern abgehalten werden.

### Schluß der Weltkraftkonferenz.

Berlin, 25. Juni  
 Die Weltkraftkonferenz ist heute abgeschlossen worden. Der Schlußredner betonte, daß die Konferenz auf wichtige Fragen, die von den Staatsmännern und Wirtschaftlern der ganzen Welt gestellt gewesen seien, deutliche Antworten gegeben habe. Zahlreiche ausländische Delegierte dankten den deutschen Behörden für ihr Entgegenkommen bei der Veranstaltung der Konferenz.  
 Die nächste Weltkraftkonferenz wird in 6 Jahren in den U.S.A. stattfinden.

### Schweres Unwetter über Niederösterreich.

Wien, 25. Juni.  
 Ueber Langenlois in Niederösterreich ging ein furchtbarer Wolkenbruch mit Hagelschlag nieder. Das Unwetter dauerte nur 20 Minuten, richtete aber unermesslichen Schaden an. Schlossen in Größe von Taubeneiern gingen nieder. Durch die von den Abhängen herabstürzenden Wassermassen wurden viele Wohnungen, Geschäftsräumlichkeiten und Keller überschwemmt. Mehrere Weinkeller sind eingestürzt. Der Hagelschlag hat den grössten Teil der Obst- und Gemüskulturen vernichtet und die Weinreife zerstört.

In St. Veith an der Tristing und seiner Umgebung ging am Sonntag ein heftiges Gewitter nieder. Ein Blitz traf zwei junge Leute, die am Ufer der Tristing weilten, und tötete sie auf der Stelle.

### Steidle über Pabst und Arbeitsdienstpflicht.

Wien, 25. Juni.  
 In Ternitz fand ein grosser Heimwehraufmarsch statt, dem auch die beiden Bundesführer Dr. Steidle und Pfriemer beiwohnten. Beide wiesen darauf hin, daß durch die ungerechtfertigte Ausweisung des Majors Pabst eine unfreiwillige Radikalisierung in die Reihen der Heimwehren getragen werde. Die Heimwehren, die im Herbst mit der Regierung und den Parteien den Kampf gegen den Marxismus geführt haben, seien dazu stets bereit, aber die Halbheiten müssten aufhören. Der Bundeskanzler Dr. Steidle entwickelte im Verlauf seiner Rede ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, worin besonders die Einführung der Arbeitsdienstpflicht eine Rolle spielt.

### Thronbesteigung König Karls.

Bukarest, 25. Juni (A.A.)  
 Die Feierlichkeiten der Thronbesteigung König Karl II. sind auf den 21. September in Alba Julia festgesetzt.

## Mussolinis Bauernaktion.

Von Professor Arturo Marescalchi, Staatssekretär im Italienischen Ackerbauministerium.

Aus einem Vortrag.  
 Die Regierung Mussolini hat die Landwirtschaft zur Hauptaufgabe ihres Programms gemacht, das die endgültige Erschliessung aller jener Gebiete vorsieht, die sich überhaupt für eine Bewirtschaftung eignen, und durch welche eine Intensivierung der Kulturen bis zum höchsten Masse erreicht und Italien vollkommen verlandwirtschaftlicht werden soll. Die Eroberung des Bodens ist heute die sogenannte Bonifica integrale, vollständige Urbarmachung, die die Austrocknung der Sümpfe und Malariagebiete sowie die Modernisierung und Verbesserung veralteter Landwirtschaftsformen vorsieht, um höhere Erträge zu erzielen und die wirtschaftliche Lage der Landwirte zu heben, so dass mit der Sicherheit einer gesunden Lebenshaltung eine Zunahme der Volksdichte auf dem Lande ermöglicht wird. Dieses Programm erstas ausser 2,306,000 Hektar Sumpfbodens, welches noch der vollständigen Entwässerung bedarf, 3,683,000 Hektar Boden, auf denen eine Melioration und Intensivierung möglich ist, sowie endlich mehr als 3 Millionen Hektar Bergland, das zu erschliessen ist. Zusammen handelt es sich um etwa ein Drittel der Gesamtfläche des Königreiches Italien. Durch die Entwässerungsarbeiten wurden Sumpfböden trocken gelegt oder aufgeschüttet; 773,243 Hektar können bereits als gewonnen angesehen werden; 1,183,378 Hektar sind noch in Bearbeitung und 428,382 Hektar sind noch in Angriff zu nehmen. Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes sehen Arbeiten für mehr als 10 Milliarden Lire vor, die sich auf 14 Jahre verteilen.

In welchem Masse die gesamte Bonifica integrale dem Staate die vorgeschossenen Summen vergüten wird, kann noch nicht mit Zahlen belegt werden. Es liegt aber ein Beispiel vor. Für die Bonifica der Isola d'Ariano im Poebene gab der Staat 3 Millionen Zuschüsse. Zehn Jahre nach Beendigung der Ameliorationen bezicht er daraus mehr als 22 Millionen an Steuern. Zur Intensivierung der Landwirtschaft ist der ganze italienische Kulturboden geeignet. Es wird die technische Ausbildung der Landwirte sowie eine grosszügige Unterstützung durch Mittel und Geräte genügen. Die Ausbildung auf dem Lande wird durch die Wanderkurse besorgt, welche die faschistische Regierung um mehr als 300 Sektionen vermehrt hat und die heute auf insgesamt 618 gebracht wurden, und durch die 2500 beruflichen Volkskurse, die von 84.000 Landwirten besucht wurden. Beihilfe wurde zur Bestellung des Bodens geleistet, Petroleum wurde für die Motoren abgabefrei geliefert; für die mechanische Urbarmachung des Bodens wurden in den letzten 4 Jahren Zuschüsse von mehr als 4 einhalb Millionen Lire gewährt; für die Herrichtung der Ländereien zum Getreideanbau wurden Zuschüsse gegeben; Prärien und Zuspflanzungen zugestanden; in den letzten drei Jahren wurden Preise von 7 Millionen verliehen zum Ansporn für die Verbesserung der Viehzucht in Verbindung mit der ganzen landwirtschaftlichen Einrichtung der Betriebe. Um einen Begriff von den erzielten Erfolgen zu geben, genügt als Beispiel die Battaglia del grano, die Getreideschlacht, die vom Ministerpräsidenten im Jahre 1925 begonnen wurde. Der im letzten Jahre auf derselben Bodenfläche erzielter Ertrag von 71 Millionen Doppelzentner Getreide, auf den vor nicht langer Zeit höchstens 50—55 Millionen eingebracht werden konnten, bedeutet einen unbestreitbaren Fortschritt und nähert Italien den Durchschnittserträgen pro Hektar der grossen nördlichen Länder, die vorher als unerreichbar erschienen. Früher stand Italien mit seiner Durchschnittsernte pro Hektar an 7. Stelle, heute steht es mit 14.7 Doppelzentnern an 4. Stelle und wird nur von Grossbritannien, Deutschland und der Tschechoslowakei übertroffen.

Die Verhinderung der Landflucht